

## Die BÜFEP hat es aufgedeckt: Selbstbedienung und Geldverschwendung in der städtischen GEWOBAU

Was die Oberbürgermeisterin und ihr Geschäftsführer mit allen Mitteln verheimlichen wollten, ist nun doch ans Licht gekommen. Der Landesrechnungshof hat in der gemeinnützigen städtischen Wohnungsbaugesellschaft (GEWOBAU) eklatante Missstände festgestellt. Die Oberbürgermeisterin wurde verurteilt, den Prüfbericht an BÜFEP-Stadtrat Wilhelm Zimmerlin auszuhändigen.

Auf 146 Seiten listet der Landesrechnungshof zahlreiche Fehlleistungen der Geschäftsführung und eine unglaubliche Geldverschwendung auf. Der Geschäftsführer hat sich sogar selbst bedient; Zitat aus dem Prüfbericht: „Der Geschäftsführer veranlasste nachweislich selbst zweimal die Abgeltung von eigenem Erholungsurlaub. Zum Januar 2014 (23 Tage aus 2013) und zum Oktober 2016 (30 Tage aus 2015) wurden insgesamt brutto 22.300 € abgegolten. Begründungen für die Zahlbarmachungen waren weder in der Personalakte dokumentiert noch konkludent ersichtlich. Zustimmungen oder Genehmigungen des Aufsichtsrates lagen nicht vor.“

**Die BÜFEP verlangt, dass der Stadtrat aus den Missständen in der GEWOBAU Konsequenzen zieht.**

## Bürgerinteressen haben Vorrang. Das ist für uns die Richtschnur im Stadtrat.



**Wilhelm Zimmerlin**  
Diplom-Agraringenieur



**Reinhard Nühlen**  
Selbst. Handelsvertreter



**Gerd Cremer**  
Diplom-Elektroingenieur



**Rolf Bühring**  
Logistik-Kaufmann



**Hans Oehler**  
Dipl. Sozialarbeiter (FH)



**Dr. Gerald Kroisandt**  
Mathematiker

## Wahl zum Stadtrat am 26. Mai Ihre Stimme zählt

**BÜFEP**



**Bündnis für soziale Energiepreise und gerechte Politik**

**BÜFEP**

## Bündnis für soziale Energiepreise und gerechte Politik e.V.

**Unser Name ist Programm**



Die BÜFEP setzt sich für mehr Transparenz in der Stadtpolitik und mehr Gerechtigkeit gegenüber den Bürgern ein. Wir befassen uns aber auch mit anderen stadtpolitischen Themen und wir sind unbequem, sobald wir ein Gerechtigkeitsdefizit zu Lasten der Bürger feststellen.

Mehr Informationen: [www.büfep.de](http://www.büfep.de)

Ihre Fragen an: [info@büfep.de](mailto:info@büfep.de)

## Mehr Transparenz in der Stadtpolitik

Wir vermissen und fordern Transparenz für die Bürger bei Entscheidungen in der Stadtpolitik und in der Verwaltung. Die Kungelei in den Hinterzimmern muss ein Ende haben. Ganz aktuell ist folgendes Beispiel: die Oberbürgermeisterin verweigert den Stadträten und Bürgern das Recht, in den umfangreichen Prüfbericht des Landesrechnungshofes über die gemeinnützige städtische Wohnungsbaugesellschaft (GEWOBAU) Einsicht zu nehmen.

## Schluss mit der Hinterzimmerpolitik

Wir prangern auch weiterhin die Hinterzimmerpolitik an. Besonders intransparent und ungerecht geht es im sogenannten Konzern Bad Kreuznach zu. Dort sorgen die OB und ihre Helfer aus den Altparteien in den nicht öffentlichen Aufsichtsräten dafür, dass die Stadtwerke hohe Preise für Strom, Gas und Wasser verlangen dürfen. Mit den Millionengewinnen werden dann die Millionenverluste der Luxussauna Bäderhaus und der Wellnesstherme ausgeglichen. Völlig inakzeptabel ist es nach Ansicht der BüFEP, dass sogar die Gewinne aus der Trinkwasserversorgung so vergeudet werden.

**Die BüFEP will kostendeckende Eintrittspreise für das Bäderhaus. Die unsoziale Quersubventionierung der Luxussauna muss beendet werden.**

## Rekommunalisierung der Stadtwerke

Die Preispolitik der Stadtwerke wird auch von den Interessen der beteiligten Konzerne RWE und Enovos bestimmt und ist deshalb ausschließlich renditeorientiert ausgerichtet. Die Konzerne erwarten hohe Renditen. Dadurch bleibt die soziale Verträglichkeit auf der Strecke. Die BüFEP fordert dagegen ein bürgerorientiertes Geschäftsgebaren. Die Stadtwerke müssen ihre Kunden von sich aus in den preisgünstigsten Tarif einstufen. Deshalb fordert die BüFEP die Rekommunalisierung der Stadtwerke.

Strom, Wärme und Wasser sind für alle Menschen lebensnotwendig. Wer das ausnutzt und überhöhte Preise verlangt, bringt Mitbürger mit geringem Einkommen in existenzielle Bedrängnis. Das darf bei unseren Stadtwerken



aber nicht sein, denn ein mehrheitlich städtisches Unternehmen muss auch die sozialen Folgen beachten. Daraus erwächst eine

besondere Verantwortung für eine sozialverträgliche Preis- und Tarifgestaltung.

**Die BüFEP verlangt, dass die Geschäftspolitik der Stadtwerke endlich an den berechtigten Interessen der Kreuznacher Bürger ausgerichtet wird.**

## Den Sozialen Wohnungsbau stärken

In Bad Kreuznach fehlen vor allem preiswerte, bezahlbare Wohnungen. Die BüFEP sieht es als wichtige kommunale Aufgabe an, dass die Stadt und die städtische Wohnungsbaugesellschaft einfache Wohnungen zur Verfügung stellen. Leider hat die Stadt bislang die Chance vertan, auch von Immobilieninvestoren den Bau von bezahlbarem Wohnraum in den neuen Baugebieten zu verlangen. Die vom Stadtrat beschlossene Vorgabe von 20% preisgünstigem Wohnraum ist viel zu niedrig. Die BüFEP hält einen Anteil von mindestens 35% für angemessen und zumutbar.

## Finanzen weiter konsolidieren

Die Schuldenlast muss abgebaut werden: aber ohne Erhöhung von Steuern und Gebühren sondern durch sparsames Wirtschaften. Wir dürfen nicht weiter auf Kosten unserer Kinder und Enkel leben. Zu den großen Verlustbringern gehören die städtischen Gesellschaften. Dort fehlt es an Transparenz bei den Entscheidungen über Investitionen und Kosten. Wir verlangen, dass die Stadt teure Vorhaben den Bürgern ausführlich öffentlich erklärt. In wichtigen Fällen sollten die Bürger selbst entscheiden können.

**Die BüFEP fordert einen Anteil von 35% beim sozialen Wohnungsbau und einen weiteren Abbau der hohen Schuldenlast bei den städtischen Finanzen.**